Josef Lang
Daniel Brunner
(SGA-Gemeinderäte)

10. Juli 1990

Oswald Weber

Präsident des Grossen Gemeinderates

Rebmatt 32

6317 Oberwil

Parlamentarischer Vorlass GGR	
Eingang:	12.7.90
Abgabe an Stadtrat:	19.7.90
Eckkennigabe im GGR:	11.9.90
Bearbeitung SR:	
Behandlung im GGR:	

Motion für die Schaffung und Unterstützung von Kinderkrippen

Auch in der Stadt Zug öffnet sich die Schere zwischen schnell wachsender Nachfrage nach Kinderkrippen und nur langsam wachsendem Angebot von Plätzen immer weiter. Auch wenn in letzter Minute die drohende Schliessung des Asilo Infantile an der Zugerbergstrasse abgewendet werden konnte und im Bergli kürzlich ein Kleinkindertagesheim eröffnet wurde, wird die Differenz zwischen steigendem gesellschaftlichem Bedürfnis und dessen ungenügender Befriedigung grösser. Vor allem wenn Sachen passieren wie die Aufhebung des Tageshorts der L&G und die Firmen - abgesehen von der löblichen Ausnahme eines Restaurationsbetriebs - ihre "Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" mit diesem Problem alleine lassen. Um die Schere zwischen wachsender Nachfrage und nachhinkendem Angebot zu schliessen, stellen wir den folgenden - allgemein gehaltenen - Antrag:

Die Stadt setzt sich in Zusammenarbeit mit den bestehenden Einrichtungen und den betroffenen Organisationen ein für die Schaffung von zusätzlichen Kinderkrippen (Kinderhorten, Tagesheimen). Zudem erhöht sie ihr Engagement für die finanzielle Unterstützung der bestehenden und zukünftigen Einrichtungen (v.a. betreffs Mietkosten). Weiter hilft sie den Spielgruppen vermehrt bei der Lösung der Raumprobleme.

Begründung:

Die wachsende Nachfrage nach ausserfamiliärer Kinderbetreuung hat verschiedene Ursachen. Eine ist die zunehmende Zahl von Alleinerziehenden. Heute wird fast ein Drittel aller Ehen geschieden. Die traditionelle Kleinfamilie steckt in einer Krise. Es ist nicht die Aufgabe der Behörden, den mündigen Bürgerinnen und Bürgern bestimmte Lebensformen vorzuschreiben. Ihre Aufgabe ist es, auf gesellschaftliche Probleme soziale Antworten zu geben. Die heutige Zahl der Kinderkrippenplätze in den bestehenden Horten, Asylen und Tagesheimen ist den Bedürfnissen der Alleinerziehenden bei weitem nicht gewachsen. Die Stadt hat die soziale Aufgabe, dieses Problem zu entschärfen.

Das bestehende Angebot gilt praktisch nur für Alleinerziehende. Wie auch die kantonale ad-hoc-Kommission zur Gleichberechtigung und zur Frauenfrage festgehalten hat, ist eine solche Einschränkung nicht mehr zeitgemäss. Nach ihrer Meinung sollen die Betreuungseinrichtungen für alle zugänglich gemacht werden, unabhängig von der persönlichen oder finanziellen Situation. Welche Lösung erzieherisch die beste ist, darüber scheiden sich die Geister. Auf jeden Fall ist es nicht Aufgabe des Staates, in dieser Debatte Schiedsrichter zu spielen und gegen Mütter, die ihre bisherige Beschäftigung weiterführen wollen, Offside zu pfeifen.

Am 9. Januar 1990 hat der Grosse Gemeinderat im Rahmen der Leitbild-Debatte folgende Grundsätze beschlossen: "Das allgemeine Ziel einer städtischen Frauenpolitik ist es, den Gleichheitsartikel der Bundesverfassung durchzusetzen. Dies bedeutet die Gleichberechtigung zu verwirklichen und die Rollenteilung aufzubrechen. (...) 2. In der Schul-, Sozial- und Wohnbaupolitik fördert sie die Werte der Gleichberechtigung und nimmt sie auf die spezifischen Probleme besondere Rücksicht. Sie betrachtet das Alleinerziehen, das Doppelverdiene, das Zuhausebleiben des Mannes, die Wohngemeinschaft, kurzum: die Berufstätigkeit der Frau als normale und gleichberechtigte Lebensform neben der herkömmlichen Familie, wo die Frau zuhause bleibt. 3. Sie fördert Projekte, welche die gesellschaftliche und berufliche Stellung der Frau stärken." (Protokoll 57 S.1774)

L. Kapp